

EVGENIA PEIFFER

Schutz gegen
Klagen im
forum derogatum

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

288

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

288

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Evgenia Peiffer

Schutz gegen Klagen im *forum derogatum*

Gültigkeit und Durchsetzung von
Gerichtsstandsvereinbarungen im internationalen
Rechtsverkehr. Eine rechtsvergleichende Untersuchung
unter Berücksichtigung ökonomischer Aspekte

Mohr Siebeck

Evgenia Peiffer, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaften in München; Promotionsstipendiatin nach dem Bayerischen Eliteförderungsgesetz; Referendariat in Berlin und Wellington; seit November 2012 Rechtsanwältin in München.

e-ISBN PDF 978-3-16-152447-9

ISBN 978-3-16-152446-2

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Meinen Eltern und Max
На моите родители и Макс

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2011/2012 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen. Sie entstand im Wesentlichen während meiner Zeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Internationales Recht und Rechtsvergleichung in München. Die mündliche Doktorprüfung fand am 15. Dezember 2011 statt. Das Manuskript wurde im Juni 2011 abgeschlossen. Für die Druckfassung wurden Rechtsprechung und Literatur größtenteils bis Dezember 2012 berücksichtigt.

Zwischen Abschluss des Manuskripts und Drucklegung wurde die EuGVVO samt deren auf internationale Gerichtsstandsvereinbarungen anwendbaren Vorschriften neugefasst. Die beschlossenen Änderungen entsprechen teilweise den in dieser Untersuchung erarbeiteten Vorschlägen. Insoweit kann die vorliegende Arbeit zum Verständnis der neuen EuGVVO, wie sie ab Frühjahr 2015 EU-weit anwendbar sein wird, beitragen. Soweit die EuGVVO-Novelle andere als die hier favorisierten Lösungswege geht, liefert die vorliegende Arbeit eine kritische Würdigung und zeigt zugleich für zukünftige Revisionen der EuGVVO Möglichkeiten zur Stärkung von Gerichtsstandsvereinbarungen auf.

Viele Personen haben zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen, denen ich an dieser Stelle von Herzen danken möchte. In erster Linie gilt der Dank meiner Doktormutter Professor Dr. Dagmar Coester-Waltjen, LL.M., die mich bereits in meiner Studienzeit für das Internationale Zivilverfahrensrecht begeistert hat und an deren Münchener Lehrstuhl ich viele Jahre tätig war. Sie hat mich von Anfang bis zum Abschluss meiner Promotion in jeder nur erdenklichen Weise unterstützt. Sie hatte die Idee für das Thema der Dissertation und hat deren Entstehung durch zahlreiche Anregungen u.a. im Rahmen von Doktorandenkollegs gefördert.

Professor Dr. Johannes Hager ist für die Erstellung des Zweitgutachtens, Professor Dr. Mathias Habersack für die Übernahme des Vorsitzes in der mündlichen Doktorprüfung zu danken. Zu Dank bin ich auch der Universität Bayern e.V. verpflichtet, der die Entstehung dieser Arbeit durch ein Promotionsstipendium großzügig gefördert hat. Besonderer Dank gebührt auch Professor Dr. Bruno Rimmelpacher für seine Unterstützung bei meiner Bewerbung um das Promotionsstipendium. Schließlich danke ich

den Professoren Dr. Jürgen Basedow, LL.M., Dr. Holger Fleischer, LL.M. und Dr. Reinhard Zimmermann, FBA, FRSE für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe „Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht“.

Fruchtbare Anregungen erfuhr die Arbeit durch die Gespräche mit Herrn Rechtsanwalt Dr. Ferdinand Kruis, wofür ich mich herzlich bei ihm bedanke.

Mein wärmster Dank gilt meiner lieben Freundin Susanne Quadbeck. Sie hat mich bei der Erstellung der Arbeit immer ermutigt, den – teilweise steinigem – Weg weiterzugehen, das Manuskript Korrektur gelesen und mir viele wertvolle Hinweise gegeben. Herzlich danken möchte ich auch meiner Freundin Jelena Bäumler für ihre stets motivierenden und ehrlichen Worte.

Meine Eltern, Youlia Anastassova und Roumen Anastassov, haben mich bereits in jungen Jahren für fremde Länder und Sprachen begeistert und mich während Studium und Promotion fernab meiner Heimat Bulgarien nicht nur finanziell, sondern auch moralisch mit unglaublichem Elan unterstützt. Sie haben immer an meinen Erfolg geglaubt und mir Kraft für die Verwirklichung meiner Träume gegeben. Für ihren bedingungslosen Rückhalt gebühren ihnen mein innigster Dank und größte Anerkennung. Herzlichen Dank spreche ich auch meiner Schwester Vanya Anastassova aus. Ihr liebevoller Zuspruch hat dafür gesorgt, dass mich während Studium und Promotion der Mut nie verlassen hat.

Mein tief empfundener Dank gilt schließlich meinem Mann Rechtsanwalt Dr. Max Peiffer. Ohne seine unermüdliche Unterstützung, langjährige Freundschaft und innige Liebe wäre der Abschluss dieser Arbeit nicht möglich gewesen. Mit viel Geduld und Ausdauer hat er mich durch die Höhen und Tiefen der Promotionszeit begleitet und mich stets zum Weitermachen motiviert. In zahlreichen fachlichen Diskussionen hat er mir wertvolle Anregungen zu Aufbau und Argumentation gegeben. Seine konstruktive Kritik nach dem Korrekturlesen des Manuskripts hat entscheidend zum Gelingen dieser Untersuchung beigetragen. Ohne seine enorme Hilfe bei der Formatierung der Arbeit hätte sich die Fertigstellung der druckreifen Fassung wesentlich verzögert.

München, im Dezember 2012

Evgenia Peiffer

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX

Kapitel 1: Einleitung und Grundlegung 1

§ 1 Aufgaben und Programm der Untersuchung..... 1

A. Problemstellung und Ziele der Arbeit	2
B. Methoden der Untersuchung	3
C. Begriffsklärung und Eingrenzung der Untersuchung	7
D. Gang der Untersuchung	10

§ 2 Motive für den Abschluss und Gründe für die Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen – eine ökonomische Analyse 12

A. Anreize für den Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen und deren wohlfahrtsökonomisches Potential.....	12
B. Motive für die Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen.....	15

Kapitel 2: Zulässigkeit, Wirksamkeit, Ausschließlichkeit und Reichweite internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen..... 17

§ 3 Zulässigkeit von internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen 17

A. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten	18
B. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten	76
C. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschlag für die EuGVVO	109

§ 4 <i>Wirksamer Abschluss von internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen</i>	119
A. Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten	119
B. Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten	140
C. Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschlag für die EuGVVO	164
§ 5 <i>Ausschließlichkeit und Reichweite von internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen</i>	172
A. Bestimmung der Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten.....	172
B. Bestimmung der Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten	183
C. Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschlag für die EuGVVO.....	186
 Kapitel 3: Direkter Schutz gegen die Missachtung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen	 189
§ 6 <i>Rüge der internationalen Zuständigkeit des abredewidrig angerufenen Gerichts und ihre Folgen</i>	189
A. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen in autonomen Rechten.....	190
B. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen in international vereinheitlichten Rechten	206
C. Die Rüge der Zuständigkeit des abredewidrig angerufenen Gerichts und ihre Folgen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Diskussion von Reformvorschlägen für die EuGVVO.....	210
§ 7 <i>Einleitung eines Parallelverfahrens vor dem prorogierten Gericht</i>	219
A. Grenzen der Einleitung eines Parallelverfahrens im prorogierten Forum in den autonomen Rechten.....	219

B. Grenzen der Einleitung eines Parallelverfahrens im prorogierten Forum in international vereinheitlichten Rechtssystemen	242
C. Einleitung eines Parallelverfahrens vor dem prorogierten Gericht – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienz- bewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO	268
<i>§ 8 Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht</i>	<i>284</i>
A. Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht in autonomen Rechten	284
B. Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht in international vereinheitlichten Rechtssystemen	355
C. Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO	368
 Kapitel 4: Indirekter Schutz gegen die Missachtung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen	 375
<i>§ 9 Verweigerung der Anerkennung eines Urteils des abredewidrig angerufenen Gerichts</i>	<i>375</i>
A. Anerkennungsversagung wegen Klage im derogierten Forum in autonomen Rechten	376
B. Anerkennungsversagung wegen Klage im derogierten Forum in international vereinheitlichten Rechtssystemen	395
C. Anerkennungsversagung gegenüber Urteil aus dem <i>forum derogatum</i> – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO	396
<i>§ 10 Bereicherungsrechtlicher Ausgleich nach Erfüllung eines Urteils aus dem forum derogatum</i>	<i>400</i>
A. Gewährung von Rückforderungsansprüchen	401
B. Das auf den Rückforderungsanspruch anwendbare Recht	408
C. Internationale Zuständigkeit für eine Rückforderungsklage	413
D. Anerkennungsfähigkeit eines Rückforderungsurteils	416

E. Bereicherungsrechtlicher Ausgleich bei Erfüllung eines im abredewidrigen Forum erlassenen Urteils – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO.....	426
§ 11 Schadensersatz wegen Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen	429
A. Schadensersatz wegen abredewidriger Klage in autonomen Rechten	429
B. Schadensersatz wegen abredewidriger Klage in international vereinheitlichten Rechtssystemen	474
C. Schadensersatz wegen Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO	489
§ 12 Möglichkeiten zur vertraglichen Absicherung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen	496
A. Vertragliche Absicherung von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten	496
B. Vertragliche Absicherung von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten	507
C. Vertragliche Absicherung von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Vorschläge zur Verbesserung der EuGVVO	511
 Kapitel 5: Revision der EuGVVO – Vorschläge zur Stärkung von Gerichtsstandsvereinbarungen	 515
A. Ausgangspunkt: Die Gefahren für Gerichtsstandsabreden nach der <i>lex lata</i>	515
B. Ausblick: Vorschläge zur Stärkung von Gerichtsstandsabreden <i>de lege ferenda</i>	518
 Verzeichnis der zitierten Rechtstexte	 521
A. Gemeinschaftsrecht	521
B. Konventionen	522
C. Innerstaatliches Recht Deutschland.....	523
D. Innerstaatliches Recht England.....	523

E. Innerstaatliches Recht USA	524
Rechtsprechungsverzeichnis	527
A. EGMR	527
B. EuGH	527
C. Deutschland	528
D. England	532
E. USA	538
F. Entscheidungen sonstige Länder	547
Literaturverzeichnis	549
Register	577

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht.....	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXIX
Kapitel 1: Einleitung und Grundlegung	1
<i>§ 1 Aufgaben und Programm der Untersuchung.....</i>	<i>1</i>
A. Problemstellung und Ziele der Arbeit	2
B. Methoden der Untersuchung.....	3
I. Die Rechtsvergleichung als Methode.....	3
II. Die ökonomische Analyse des Rechts als Methode.....	4
C. Begriffsklärung und Eingrenzung der Untersuchung.....	7
D. Gang der Untersuchung	10
<i>§ 2 Motive für den Abschluss und Gründe für die Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen – eine ökonomische Analyse</i>	<i>12</i>
A. Anreize für den Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen und deren wohlfahrtsökonomisches Potential.....	12
B. Motive für die Missachtung von Gerichtsstandsvereinbarungen.....	15
Kapitel 2: Zulässigkeit, Wirksamkeit, Ausschließlichkeit und Reichweite internationaler Gerichtsstands- vereinbarungen.....	17
<i>§ 3 Zulässigkeit von internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen</i>	<i>17</i>
A. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten	18
I. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im englischen Recht	18

1. Überblick über die autonomen englischen Regeln der internationalen Zuständigkeit	18
a) Begründung internationaler Zuständigkeit in England durch Inlandszustellung	19
aa) Voraussetzungen der Zuständigkeitseröffnung	20
bb) Gerichtliches Ermessen zur Nichtausübung bestehender Zuständigkeit	21
b) Begründung internationaler Zuständigkeit in England durch Auslandszustellung	24
c) Begründung internationaler Zuständigkeit in England durch Unterwerfung	25
2. Zulässigkeitsanforderungen an Gerichtsstands- vereinbarungen im autonomen englischen Recht	26
a) Pro- und Derogationsverbote im englischen Recht	26
b) Gerichtliches Ermessen bei der Durchsetzung von Gerichtsstandsvereinbarungen	27
aa) Grundsatz	27
bb) Maßgebliche Faktoren bei der gerichtlichen Ermessensentscheidung	29
cc) Kritik der Literatur an der Handhabung des gerichtlichen Ermessens	32
II. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im US-amerikanischen Recht	33
1. Überblick über die autonomen US-amerikanischen Regeln der internationalen Zuständigkeit	33
a) Regeln zur Abgrenzung der Zuständigkeitsbereiche von <i>federal</i> und <i>state courts</i>	34
aa) Die <i>federal question</i> - und <i>diversity jurisdiction</i> der US-Bundesgerichte	34
bb) <i>Removal</i> – Abgabe einer Streitigkeit von einem <i>state court</i> an einen <i>federal court</i>	36
b) Regeln der internationalen Zuständigkeit in den US-Zivilprozessrechten	37
aa) Voraussetzungen für die Eröffnung der internationalen Zuständigkeit	38
(1) Die Unterscheidung zwischen <i>actions in</i> <i>personam</i> , <i>actions in rem</i> und <i>actions</i> <i>quasi in rem</i>	39
(2) Zuständigkeitsgründe für <i>actions in personam</i>	40
(a) <i>Minimum contacts</i> des Beklagten zum Forumstaat	42

(b) Vereinbarkeit der Zuständigkeitsausübung mit <i>fairness</i> - und <i>reasonableness</i> -Kriterien	43
(c) Sonderfall: Zuständigkeitsbegründung durch Selbstunterwerfung.....	43
bb) Gerichtliches Ermessen zur Nichtausübung eröffneter Zuständigkeit.....	44
2. Zulässigkeitsanforderungen an Gerichtsstands- vereinbarungen im autonomen US-amerikanischen Recht	48
a) Behandlung von Derogationen US-amerikanischer Gerichte.....	48
aa) Die Rechtslage vor den Bundesgerichten	48
(1) Entscheidungen in Ausübung ausschließlicher Bundeszuständigkeit oder <i>federal question</i> <i>jurisdiction</i>	48
(a) Der Weg von der grundsätzlichen Unzulässigkeit von Derogationen zum sog. <i>reasonableness</i> -Test	49
(b) Zulässigkeitschranken nach dem <i>reasonableness</i> -Test	53
(2) Entscheidungen in Ausübung von <i>diversity jurisdiction</i>	57
(3) Die Bedeutung der <i>forum non conveniens</i> - Doktrin für die Durchsetzung von Gerichts- standsvereinbarungen	61
bb) Die Rechtslage vor den einzelstaatlichen Gerichten	62
b) Behandlung von Prorogationen US-amerikanischer Gerichte.....	64
aa) Der grundsätzliche Maßstab für die Anerkennung einer Prorogation	65
bb) Der Sondermaßstab für die Anerkennung einer Prorogation in 28 U.S.C. § 1404 (a)	66
III. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im deutschen Recht	67
1. Überblick über die autonomen deutschen Regeln der internationalen Zuständigkeit	68
2. Voraussetzungen der Zulässigkeit von Gerichtsstands- vereinbarungen im autonomen deutschen Recht	69
a) Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen für Gerichtsstandsvereinbarungen	70
b) Besondere Zulässigkeitsbeschränkungen für Prorogationen deutscher Gerichte	71

c) Besondere Zulässigkeitsbeschränkungen für Derogationen deutscher Gerichte	72
B. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten	76
I. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im Anwendungsbereich der EuGVVO	76
1. Anwendungsbereich von Art. 23 EuGVVO	76
a) Wohnsitz einer der Parteien im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats	77
aa) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des Wohnsitzes einer Partei in einem Mitgliedstaat	77
bb) Die Sonderregel von Art. 23 III EuGVVO für Gerichtsstandsvereinbarungen, deren Parteien außerhalb der EU ansässig sind.....	81
b) Zuständigkeitsabrede zugunsten der Gerichte eines Mitgliedstaats	82
c) Internationaler Sachverhalt	84
2. Voraussetzungen der Zulässigkeit von Gerichtsstands- vereinbarungen im Anwendungsbereich der EuGVVO	86
II. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im Anwendungsbereich des HGÜ	89
1. Die Entstehungsgeschichte und die Grundzüge des HGÜ	89
2. Anwendungsbereich des HGÜ	94
a) Internationaler Sachverhalt gem. Art. 1 HGÜ	94
aa) Bedeutung des Internationalitätserfordernisses in Bezug auf die Zuständigkeitsregeln in Kapitel II HGÜ	94
(1) Das Internationalitätserfordernis von Art. 1 II HGÜ	95
(2) Maßgeblicher Zeitpunkt für das Vorliegen des Internationalitätserfordernisses von Art. 1 II HGÜ	96
bb) Bedeutung des Internationalitätserfordernisses in Bezug auf die Anerkennungs- und Vollstreckungsregeln im Kapitel III HGÜ	100
b) Sachlicher Anwendungsbereich des HGÜ	101
c) Ausschließliche Gerichtsstandsvereinbarung i.S.v. Art. 3 lit. a-c HGÜ	102
d) Zeitlicher Anwendungsbereich gem. Art. 16 und 31 HGÜ	102
e) Verhältnis zwischen dem HGÜ und der EuGVVO	103

3. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im Anwendungsbereich des HGÜ.....	105
a) Besondere Anforderungen an die Zulässigkeit von Prorogationen	106
b) Besondere Zulässigkeitschranken für Derogationen.....	107
C. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschlag für die EuGVVO	109
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autonomen und vereinheitlichten Rechten.....	109
II. Zusammenspiel von autonomen Vorschriften und Regelungen des Einheitsrechts.....	111
III. Effizienzbetrachtung der untersuchten Rechtssysteme	114
IV. Vorschläge zur Verbesserung der EuGVVO	117
 § 4 <i>Wirksamer Abschluss von internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen</i>	119
A. Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten	119
I. Zustandekommen von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten	119
1. Bestimmung des auf das Zustandekommen anwendbaren Rechts.....	119
a) Bestimmung des Abschlussstatuts internationaler Gerichtsstandsabreden in den USA	120
b) Bestimmung des Abschlussstatuts internationaler Gerichtsstandsabreden in England und Deutschland.....	121
aa) Akzessorische Anknüpfung des Prorogationsstatuts.....	122
bb) Selbständige Schwerpunktbestimmung des Prorogationsstatuts	124
cc) Ergebnis	125
2. Grundsätzliche Anforderungen an den Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen in den autonomen Rechten.....	126
a) Rechtliche Unabhängigkeit der Gerichtsstands- vereinbarung von dem Hauptvertrag	126
b) England und USA: Erfordernis der <i>consideration</i>	127
3. Besonderheiten für AGB-Gerichtsstandsklauseln in den autonomen Rechten	128
a) Abschluss von Gerichtsstandsabreden in AGB im englischen und deutschen Recht	128

aa)	Die Regeln des englischen Rechts über die wirksame Einbeziehung von AGB-Gerichtsstandsklauseln im Überblick	128
bb)	Die Regeln des deutschen Rechts über die wirksame Einbeziehung von AGB-Gerichtsstandsklauseln im Überblick	131
cc)	Die Inhaltskontrolle von AGB-Gerichtsstandsklauseln nach den Umsetzungsvorschriften zur EG-Klausel-RL	133
b)	Abschluss von Gerichtsstandsabreden in AGB im US-amerikanischen Recht.....	137
II.	Formanforderungen für Gerichtsstandsvereinbarungen in den autonomen Rechten.....	139
B.	Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten.....	140
I.	Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsabreden im Anwendungsbereich der EuGVVO	140
1.	Zustandekommen von Gerichtsstandsabreden im Geltungsbereich von Art. 23 EuGVVO	141
2.	Wirksamkeit von Gerichtsstandsabreden im Geltungsbereich von Art. 23 EuGVVO	145
a)	Formanforderungen nach Art. 23 I S. 3 EuGVVO.....	145
b)	Weitere im Rahmen von Art. 23 EuGVVO geltende Wirksamkeitsanforderungen	146
3.	Besonderheiten für AGB-Gerichtsstandsklauseln im Anwendungsbereich von Art. 23 EuGVVO	151
a)	Einbeziehung von AGB-Gerichtsstandsklauseln	151
b)	Inhaltskontrolle von AGB-Gerichtsstandsklauseln	152
aa)	Die grundsätzliche Unzulässigkeit von AGB-Inhaltskontrolle nach nationalem Recht	153
bb)	Ausnahmsweise AGB-Inhaltskontrolle nach einzelstaatlichem Recht in Verbraucherverträgen?.....	154
(1)	Bedarf für eine Inhaltskontrolle nach dem Maßstab der EG-Klausel-RL?	154
(2)	Zulässigkeit einer Inhaltskontrolle nach dem Maßstab der EG-Klausel-RL?	155
II.	Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen im Anwendungsbereich des HGÜ.....	159
1.	Zustandekommen von Gerichtsstandsvereinbarungen im Rahmen des HGÜ	159
2.	Wirksamkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen im Geltungsbereich des HGÜ.....	161

a) Formerfordernisse von Art. 3 lit. c HGÜ	161
b) Weitere Wirksamkeitsvoraussetzungen	163
3. Besonderheiten für AGB-Gerichtsstandsklauseln im Geltungsbereich des HGÜ	163
C. Wirksamer Abschluss von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschlag für die EuGVVO	164
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autonomen und vereinheitlichten Rechten.....	165
1. Das auf den Abschluss anwendbare Recht und dessen Inhalt	165
2. Das auf die Form anwendbare Recht und dessen Anforderungen	167
II. Zusammenspiel von autonomen Rechten und Regelungen des Einheitsrechts.....	168
III. Effizienzbetrachtung der untersuchten Rechtssysteme	169
IV. Reformvorschlag für die EuGVVO.....	171
 § 5 <i>Ausschließlichkeit und Reichweite von internationalen Gerichtsstandsvereinbarungen</i>	172
A. Bestimmung der Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen in autonomen Rechten.....	172
I. Die Festlegung des Auslegungsstatuts in den autonomen Rechten.....	172
II. Auslegungsgrundsätze in den autonomen Rechten	174
1. Bestimmung der Ausschließlichkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen.....	174
a) Bestimmung der Ausschließlichkeit im englischen Recht.....	174
b) Bestimmung der Ausschließlichkeit im US-amerikanischen Recht.....	175
c) Bestimmung der Ausschließlichkeit im deutschen Recht.....	177
2. Bestimmung der sachlichen Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen.....	178
a) Gerichtsstandsvereinbarungen und deliktische Ansprüche.....	179
b) Gerichtsstandsvereinbarungen und einstweilige Rechtsschutzmaßnahmen	180
III. Bestimmung der persönlichen Reichweite	182

B. Bestimmung der Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen in international vereinheitlichten Rechten	183
I. Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen im Anwendungsbereich der EuGVVO	183
II. Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen im Anwendungsbereich des HGÜ	185
C. Ausschließlichkeit und Reichweite von Gerichtsstandsvereinbarungen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschlag für die EuGVVO	186
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autonomen und vereinheitlichten Rechten sowie deren Zusammenspiel	186
II. Effizienzbewertung der untersuchten Rechtssysteme	187
III. Verbesserungsvorschläge für die EuGVVO	188
 Kapitel 3: Direkter Schutz gegen die Missachtung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen	189
 § 6 Rüge der internationalen Zuständigkeit des abredewidrig angerufenen Gerichts und ihre Folgen	189
A. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen in autonomen Rechten	190
I. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen im englischen Recht	190
1. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen für die Rügeerhebung	190
2. Verfahrensrechtliche Folgen einer erfolgreichen Zuständigkeitsrüge	193
II. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen im US-amerikanischen Recht	195
1. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen der Rügeerhebung	195
a) Antrag auf Abweisung bzw. Aussetzung der Klage	196
b) Antrag auf <i>federal transfer</i> gem. 28 U.S.C. § 1404 (a)	200
2. Verfahrensrechtliche Folgen einer erfolgreichen Zuständigkeitsrüge	201
III. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen im deutschen Recht	203
1. Verfahrensrechtliche Voraussetzungen der Zuständigkeitsrüge	204
2. Verfahrensrechtliche Folgen einer erfolgreichen Zuständigkeitsrüge	205
B. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen in international vereinheitlichten Rechten	206

I. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen im Anwendungsbereich der EuGVVO	206
II. Die Zuständigkeitsrüge und ihre Folgen im Anwendungsbereich des HGÜ	209
C. Die Rüge der Zuständigkeit des abredewidrig angerufenen Gerichts und ihre Folgen – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Diskussion von Reformvorschlägen für die EuGVVO.....	210
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autonomen und vereinheitlichten Rechten.....	210
II. Zusammenspiel von autonomen Rechten und Regelungen des Einheitsrechts.....	212
III. Effizienzbetrachtung der untersuchten Rechtssysteme	213
IV. Verbesserungsvorschläge für die EuGVVO	214
1. <i>Vorschlag 1</i> : Einführung eines Zentralregisters für Gerichtsstandsvereinbarungen	215
2. <i>Vorschlag 2</i> : Einführung eines obligatorischen Vorverfahrens zur Entscheidung über die internationale Zuständigkeit	215
3. <i>Vorschlag 3</i> : Einführung einer Frist, innerhalb derer Entscheidung über die Zuständigkeitsrüge erfolgen muss.....	216
4. <i>Vorschlag 4</i> : Einführung einer Kostentragungspflicht zulasten des abredewidrig Klagenden.....	217
5. Zusammenfassung und Ergebnis	218
 § 7 <i>Einleitung eines Parallelverfahrens</i> <i>vor dem prorogierten Gericht</i>	219
A. Grenzen der Einleitung eines Parallelverfahrens im prorogierten Forum in den autonomen Rechten.....	219
I. Parallelverfahren im prorogierten Forum nach englischem Recht	219
1. Grundsatz: Berücksichtigung auswärtiger Litispendenz im gerichtlichen Ermessen	220
2. Die Bedeutung einer Prorogation englischer Gerichte für die Ermessensausübung	221
3. Der Einfluss einer negativen Feststellungsklage auf die Ermessensentscheidung	223
II. Parallelverfahren im prorogierten Forum nach US-amerikanischem Recht	225
1. Die unterschiedlichen Ansätze zur Berücksichtigung auswärtiger Litispendenz.....	226

2. Die Rolle einer Prorogation US-amerikanischer Gerichte für die Entscheidung über die Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit.....	230
3. Negative Feststellungsklagen und Anerkennung ausländischer Rechtshängigkeit.....	234
III. Parallelverfahren im prorogierten Forum nach deutschem Recht	236
1. Grundsätze der Beachtung auswärtiger Rechtshängigkeit im Überblick	236
2. Konkurrenz zwischen einer Leistungs- und einer negativen Feststellungsklage	240
3. Auswärtige Litispendenz bei ausschließlicher Prorogation deutscher Gerichte	241
B. Grenzen der Einleitung eines Parallelverfahrens im prorogierten Forum in international vereinheitlichten Rechtssystemen	242
I. Grenzen der Einleitung von Parallelverfahren im Anwendungsbereich der EuGVVO	242
1. Parallelverfahren vor mitgliedstaatlichen Gerichten	242
a) Die Anwendungsvoraussetzungen von Art. 27 f. EuGVVO	244
b) Zeitpunkt des Eintritts der Rechtshängigkeit in der EuGVVO	245
c) Die Tatbestandsvoraussetzungen von Art. 27 f. EuGVVO	245
aa) Anspruchsidentität i.S.v. Art. 27 EuGVVO.....	246
bb) Konnexität i.S.v. Art. 28 EuGVVO.....	249
d) Die Rechtsfolgen von Art. 27 f. EuGVVO im Überblick....	249
aa) Aussetzungspflicht des später angerufenen Gerichts gem. Art. 27 EuGVVO	249
bb) Ermessensentscheidung des später angerufenen Gerichts gem. Art. 28 EuGVVO	251
e) Die Rechtsfolgen von Art. 27 f. EuGVVO bei Prorogation des zweitangerufenen Gerichts.....	252
aa) Die Rolle einer Prorogation des Zweitgerichts im Rahmen von Art. 27 EuGVVO	252
(1) Die Schlussanträge des Generalanwalts und die EuGH-Entscheidung in der Sache <i>Erich Gasser GmbH ./ MISAT Srl</i>	254
(2) Würdigung der EuGH-Entscheidung <i>Erich Gasser GmbH ./ MISAT Srl</i>	257

bb) Die Rolle einer Prorogation des Zweitgerichts im Rahmen von Art. 28 EuGVVO	261
2. Parallelverfahren vor einem drittstaatlichen und einem mitgliedstaatlichen Gericht	263
a) Unanwendbarkeit von Art. 27 f. EuGVVO bei Litispendenz in einem Drittstaat.....	263
b) Anderweitige Vorgaben der EuGVVO für die Behandlung drittstaatlicher Litispendenz?.....	264
II. Grenzen der Einleitung von Parallelverfahren im Anwendungsbereich des HGÜ	267
C. Einleitung eines Parallelverfahrens vor dem prorogierten Gericht – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO	268
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autonomen und vereinheitlichten Rechten.....	268
II. Zusammenspiel von autonomen Vorschriften und Regelungen des Einheitsrechts.....	270
III. Effizienzbetrachtung der untersuchten Rechtssysteme	271
IV. Verbesserungsvorschläge für die EuGVVO	272
1. <i>Vorschlag 1</i> : Unbegrenzte Zulassung der Einleitung eines Parallelverfahrens im designierten Forum	272
2. <i>Vorschlag 2</i> : Zulassung eines Parallelverfahrens im designierten Forum nur bei negativer Feststellungsklage vor dem abredewidrig angerufenen Gericht	274
3. <i>Vorschlag 3</i> : Zulassung eines Parallelverfahrens im designierten Forum nach erfolglosem Ablauf einer Frist zur Zuständigkeitsentscheidung des abredewidrig angerufenen Gerichts	275
4. <i>Vorschlag 4</i> : Umkehrung der Rechtshängigkeitsregel in Art. 27 EuGVVO zugunsten des designierten Gerichts.....	276
a) <i>Vorschlag 4.1</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht stets und sofort das Verfahren auszusetzen	276
b) <i>Vorschlag 4.2</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht nur innerhalb einer bestimmten Frist das Verfahren auszusetzen	278
c) <i>Vorschlag 4.3</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht nur dann auszusetzen, wenn es die Gerichtsstandsabrede für ungültig hält.....	278
d) <i>Vorschlag 4.4</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht nur dann auszusetzen, wenn eine Standardgerichtsstandsabrede vorgelegt wird	279

e) <i>Vorschlag 4.5</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht nur auszusetzen, wenn <i>prima facie</i> -Nachweis für eine Gerichtsstandsabrede vorliegt.....	280
f) <i>Vorschlag 4.6</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht maximal für die Dauer einer bestimmten Höchstfrist auszusetzen.....	280
g) <i>Vorschlag 4.7</i> : Bei Klage im prorogierten Forum hat das zuerst angerufene Gericht stets und sofort das Verfahren auszusetzen und über einen Fälschungseinwand muss das designierte Gericht innerhalb von 6 Monaten entscheiden.....	281
5. Zwischenergebnis	283
§ 8 Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht	284
A. Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht in autonomen Rechten.....	284
I. Die <i>anti-suit injunction</i> im englischen Recht	284
1. Grundlagen der <i>anti-suit injunction</i>	285
2. Materiellrechtliche Voraussetzungen für den Erlass einer <i>anti-suit injunction</i>	288
a) <i>Contractual anti-suit injunctions</i>	289
aa) Grundvoraussetzung für den Erlass einer <i>contractual anti-suit injunction</i> : Anspruch des Antragstellers auf Unterlassung der ausländischen Klage	289
bb) Keine dem Erlass einer <i>anti-suit injunction</i> entgegenstehenden Umstände	291
(1) Gesichtspunkte des <i>El Amria</i> -Tests.....	292
(2) Besonderheiten aus der <i>equity</i> -Natur der <i>anti-suit injunction</i>	293
(3) Erwägungen der <i>international comity</i>	295
b) <i>Non-contractual anti-suit injunctions</i>	300
aa) <i>Single forum cases</i>	300
bb) <i>Alternative forum cases</i>	302
3. Verfahrensrechtliche Aspekte des Erlasses einer <i>anti-suit injunction</i>	304
a) Internationale Zuständigkeit englischer Gerichte zum Erlass einer <i>anti-suit injunction</i>	305
b) Beantragung von <i>interim</i> und <i>final anti-suit injunctions</i>	305
c) Durchsetzung einer <i>anti-suit injunction</i>	306

4.	Anerkennung ausländischer Prozessführungsverbote in England nach dortigem autonomem Recht.....	307
a)	Durchsetzung eines auswärtigen Prozessführungsverbots	307
b)	Durchsetzung eines zur Vollziehung eines Prozessführungsverbots im Ausland angeordneten Ordnungsgelds.....	309
II.	Die <i>anti-suit injunction</i> im US-amerikanischen Recht	310
1.	Entwicklung und Formen der <i>anti-suit injunction</i> im US-amerikanischen Recht	310
a)	Prozessführungsverbote innerhalb der territorialen Gerichtsbarkeit der USA	311
b)	Prozessführungsverbote betreffend Verfahren außerhalb der USA	312
2.	Voraussetzungen für den Erlass einer <i>anti-suit injunction</i>	312
a)	Die Spaltung der Circuits bzgl. der Voraussetzungen einer <i>anti-suit injunction</i>	313
aa)	Der liberale Ansatz	313
bb)	Der strenge Ansatz	315
b)	Die Rolle einer Gerichtsstandsvereinbarung bei der Entscheidung über den Erlass einer <i>anti-suit injunction</i>	317
aa)	<i>Anti-suit injunctions</i> zur Durchsetzung von Gerichtsstandsvereinbarungen im Rahmen des liberalen Ansatzes	317
bb)	<i>Anti-suit injunctions</i> zur Durchsetzung von Gerichtsstandsvereinbarungen im Rahmen des strengen Ansatzes.....	319
3.	Verfahrensrechtliche Aspekte des Erlasses einer <i>anti-suit injunction</i>	321
4.	Anerkennung auswärtiger Prozessführungsverbote in den USA nach dortigem Recht	323
a)	Anerkennung eines Prozessführungsverbots aus einem anderen US-Bundesstaat.....	323
b)	Anerkennung eines Prozessführungsverbots aus dem Ausland.....	325
aa)	Die aktuelle Rechtslage	325
bb)	Die Rechtslage unter Berücksichtigung des ALI Draft Statute 2005	329
III.	Gerichtliche Prozessführungsverbote im deutschen Recht	330
1.	Anspruch auf Unterlassung des Prozessierens im Ausland	330
a)	Vertragliche Unterlassungsansprüche	330

aa)	Wortlaut von § 38 ZPO und Gesetzessystematik – Argumente gegen eine verpflichtende Wirkung von Gerichtsstandsvereinbarungen?	332
bb)	Die Rechtsnatur von Gerichtsstandsverein- barungen – ein Argument gegen eine verpflichtende Wirkung?	333
cc)	Hypothetischer Parteiwille – ein Argument für oder gegen einen Verpflichtungsinhalt von Gerichtsstandsvereinbarungen?.....	334
b)	Deliktische Unterlassungsansprüche	337
aa)	Anwendbarkeit deutschen Deliktsrechts.....	338
bb)	Anspruch aus § 823 I BGB auf Erlass eines Prozessführungsverbots bei abredewidriger Klage?	340
cc)	Anspruch aus § 826 BGB auf Erlass eines Prozessführungsverbots bei abredewidriger Klage?	343
(1)	Prinzipielle Eignung von § 826 BGB als Grundlage für Erlass eines Verbots der Fortführung eines ausländischen Verfahrens.....	343
(2)	Allgemeine Voraussetzungen für die Sittenwidrigkeit einer Klageerhebung im Ausland: Der gegenwärtige Stand der Diskussion.....	344
(3)	Anforderungen an die Sittenwidrigkeit einer Klageerhebung im Ausland bei Derogation des auswärtigen Forums?.....	346
2.	Verfahrensrechtliche Aspekte des Erlasses eines Prozessführungsverbots.....	348
a)	Internationale Zuständigkeit für die Anordnung eines Prozessführungsverbot.....	348
b)	Rechtsschutzbedürfnis für die Anordnung eines Prozessführungsverbots	349
c)	Vollstreckung eines Prozessführungsverbots.....	350
3.	Völkerrechtliche Bedenken gegen den Erlass eines Prozessführungsverbots.....	351
4.	Anerkennung ausländischer Prozessführungsverbote in Deutschland nach dortigem autonomem Recht	352
B.	Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht in international vereinheitlichten Rechtssystemen	355
I.	Prozessführungsverbote im Anwendungsbereich der EuGVVO.....	355

1. Untersagung des abredewidrig eingeleiteten Verfahrens in einem EU-Mitgliedstaat	355
a) Die EuGH-Entscheidung <i>Turner ./ Grovit</i>	356
b) <i>Turner ./ Grovit</i> und die Möglichkeit von Prozessführungsverboten zur Durchsetzung von Gerichtsstandsvereinbarungen.....	359
c) Anerkennungsfähigkeit von Prozessführungsverboten nach Art. 32 f. EuGVVO	362
2. Untersagung des abredewidrig eingeleiteten Verfahrens in einem Drittstaat.....	363
II. Prozessführungsverbote im Anwendungsbereich des HGÜ.....	365
1. Erlass von Prozessführungsverboten im Geltungsbereich des HGÜ.....	365
2. Anerkennung auswärtiger Prozessführungsverbote im Geltungsbereich des HGÜ.....	367
C. Verbot der Prozessfortführung vor dem abredewidrig angerufenen Gericht – rechtsvergleichende Zusammenschau, Effizienzbewertung und Reformvorschläge für die EuGVVO	368
I. Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen autonomen und vereinheitlichten Rechten.....	368
II. Zusammenspiel von autonomen Vorschriften und Regelungen des Einheitsrechts.....	371
III. Effizienzbetrachtung der untersuchten Rechtssysteme	371
IV. Verbesserungsvorschläge für die EuGVVO	372

Kapitel 4: Indirekter Schutz gegen die Missachtung internationaler Gerichtsstandsvereinbarungen

375

§ 9 Verweigerung der Anerkennung eines Urteils des abredewidrig angerufenen Gerichts.....

375

A. Anerkennungsveragung wegen Klage im derogierten Forum in autonomen Rechten	376
I. Anerkennungsveragung zum Schutz einer Gerichtsstandsvereinbarung im englischen Recht	376
1. Grundstrukturen des autonomen englischen Anerkennungsrechts.....	376
a) Bestehende Anerkennungsregimes.....	376
b) Prüfung der Anerkennungszuständigkeit im Überblick	378
aa) Anforderungen an die Anerkennungszuständigkeit im <i>common law</i>	379